

Allianzen



Allianzen #3, 6. Mai 2026

Liebe Leser*innen,

Anfang 2026 entzieht das Bundesinnenministerium unter Alexander Dobrindt dem Demokratieprojekt „Radikale Töchter“ eine bereits bewilligte Förderung, wie vor wenigen Wochen bekannt wird. Im März streicht Kulturstatsminister Wolfram Weimer drei Buchhandlungen nach Anwendung des Haber-Verfahrens von der Liste des Deutschen Buchhandlungspreises ([Quelle](#)). Parallel kündigt Familienministerin Karin Prien an, das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ grundlegend umzubauen. Mehr als 200 laufende Projekte sollen Ende 2026 auslaufen ([Quelle](#)).

Zivilgesellschaftliche Arbeit, die sich politisch positioniert, verliert gerade immer mehr den Rückhalt durch den Staat. Das rechtsautoritäre Playbook zieht auch in Deutschland: Seit die AfD zivilgesellschaftliche Organisationen als Feindbild aufbaut, Teile der Union populistische Sprache und Inhalte übernehmen und Fördermittel zum Druckmittel werden, decken sich bestimmte Muster mit den Strategien rechtsautoritärer Kräfte in anderen Ländern.

Diese Ausgabe der *Allianzen* nimmt sich Zeit für den Blick ins rechtsautoritäre Playbook. Wo im Buch steckt das Lesezeichen der deutschen Rechtsautoritären? Wie funktioniert das Playbook hierzulande? Und wer hat wohl das letzte Wort?

Das Playbook

Ein „Playbook“ bezeichnet ein Set von Strategien, die sich in verschiedenen Ländern als kopierbares Vorgehen wiederholen. Strategien aus der russisch-ungarischen Ausgabe liegen aktuell im Trend: Gewählte Akteure verändern demokratische Institutionen zunächst nicht auf eine Weise, die dem Rechtsstaat direkt widerspricht. Sie deklarieren ein demokratisches System, kontrollieren Diskurse und bedienen sich legaler parlamentarischer Mittel, um Ressourcen in ihrem Sinne umzuverteilen.

Ziel ist, was Orbán im Juli 2014 in einer Rede „illiberale Demokratie“ nannte – und was von vielen als Oxymoron bezeichnet wird: ein politisches System, in dem die Mechanismen der Demokratie äußerlich erhalten bleiben, demokratische Werte und Kernfunktionen jedoch sukzessive erdrückt werden. Wahlen finden statt. Medien berichten. Gerichte urteilen. Doch die Unabhängigkeit dieser Institutionen erodiert. Die Zivilgesellschaft verliert zunehmend ihren Handlungsspielraum. Es entsteht eine Ordnung, in der Macht zwar demokratisch errungen, aber kaum noch demokratisch korrigiert werden kann. Rechtsautoritäre Akteure lernen dabei in Thinktanks und internationalen Netzwerken voneinander. Die ungarische Fidesz orientierte sich an russischen Vorbildern. Die MAGA-Bewegung in den USA setzte das Orbán'sche Skript um. Und die AfD schaut überall ab.

Blick in die Kapitel des rechtsautoritären Playbooks

Kapitel 1. Begriffe besetzen und Diskurse durchmischen.

„Der Diskurs ist dasjenige, worum und womit man kämpft; er ist die Macht, deren man sich zu bemächtigen sucht.“ (Foucault, Die Ordnung des Diskurses, 1971)

Begriffe strukturieren, was denkbar und damit durchsetzbar ist. Und sie eignen sich hervorragend als Schleusen, über die ein Diskurs in den anderen eingespeist wird. Einige rechte Begriffe haben sich über die Jahre durch Online-Foren und Boulevardmedien bis in die Debatten konservativer Parteien gebahnt: Die Kleine Anfrage der Union mit 551 Fragen aus dem Februar 2025 verlinkte auf Beiträge, die NGOs als „Deep State“ oder „Schattenstrukturen“ bezeichneten, also Begriffe, die aus dem AfD-Diskurs in die Union geschwemmt wurden. Ein Jahr später stand der Kanzler der Bundesrepublik vor der Presse und sagte, man habe „natürlich immer im Stadtbild noch dieses Problem“. Er verknüpfte damit die ethnische

Zusammensetzung deutscher Städte mit Kriminalität – ein Topos, der im AfD-Diskurs seit Jahren etabliert ist.

Kapitel 2. Narrative schaffen. Feindbilder errichten.

Der Begriff des „Stadtbilds“ hatte ein Feindbild im Schlepptau, das mit der Kanzlerrede in der bürgerlichen Mitte angekommen war. Dieses Feindbild ist dann gesellschaftlich etabliert, wenn es nicht mehr begründet werden muss. Dann können fragwürdige politische „Schutz-Maßnahmen“ wie massenhafte Abschiebungen in politisch unsichere Länder gegen die „Verdächtigen“ ergriffen werden.

In Deutschland trifft es bei den Feindbildern seit Jahren zuverlässig dieselben Gruppen: die engagierte Zivilgesellschaft sowie marginalisierte Gruppen, deren Interessen sie vertritt. Indem staatlich geförderte Programme als politische „Vorfeldorganisationen“ geframed werden, lassen sich die Tatsachen um 180 Grad verdrehen. Ehrenamtliches soziales Engagement wird dann paradoxerweise als antidemokratische gesellschaftliche Bedrohung dargestellt.

Das hört sich z. B. so an: „Nius‘ stellt fest: ‚Demokratie leben!‘ greift mit seinen vielfältigen Projekten in alle Phasen des Meinungsbildungsprozesses ein: Das Programm schränkt durch Denunzierungs-Portale den Korridor des Sagbaren ein, es diktiert durch Broschüren und Workshops den Diskurs, es ahndet durch die Verschränkung mit Sicherheitsbehörden unliebsame Äußerungen und schüchtert ein. Nun zielt es auch noch auf die freien Wahlen ab und warnt vor der Wahl bestimmter Parteien.“ (AfD-Antrag auf Untersuchungsausschuss zur Zusammenarbeit der Bundesregierung mit NGOs [21/3301](#)).

Hinter einer solchen Hassrede steht das Feindbild des „Linksgrünen“, das aktuell wieder Karriere macht. Veranschaulichen lässt sich die Diskursbewegung auch am Umbau des Programms „Demokratie leben!“:

Das Förderprogramm wurde 2014 als Reaktion auf die NSU-Mordserie aufgelegt und später nach den Anschlägen von Halle und Hanau ausgebaut. Es fördert bundesweit Initiativen gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Im August 2025 schrieb Familienministerin Karin Prien an die Unionsfraktion, sie habe „in Absprache mit dem Innenministerium“ eine „breit angelegte Verfassungsschutzprüfung im sogenannten Haber-Verfahren“ für die geförderten Demokratieprojekte eingeleitet ([Quelle](#)). Wenige Monate später kündigte die Familienministerin an, das

Programm inhaltlich neu auszurichten: Es solle künftig „neben der Bekämpfung des Rechtsextremismus deutlich stärker auch den Antisemitismus, den islamistischen Extremismus und den Linksextremismus berücksichtigen“ ([Quelle](#)). Es sei „der Eindruck entstanden, dass das Programm eine Ausrichtung hat, die eher in das linksliberale Milieu hineinreicht. Ich will das Programm aber breit in der Mitte der Gesellschaft aufstellen“, so Karin Prien in einem Interview mit der taz ([Quelle](#)).

Eine geheimdienstliche Vorabprüfung von Vereinen und Initiativen hätte noch vor wenigen Jahren breite Empörung ausgelöst. In Zukunft läuft das unrechtmäßige „Haber-Verfahren“ als Routine im Hintergrund. Möglich ist das, weil das Feinbild vermeintlich „linksextremer NGOs“ so erfolgreich etabliert wurde, sodass selbst eine rechtlich fragwürdige geheimdienstliche Überwachung des zivilen Raums kaum ernstzunehmende gesellschaftliche oder politische Konsequenzen nach sich ziehen wird.

Kapitel 3. Parlamentarische Instrumente als Waffe

Legitime parlamentarische Kontrollinstrumente werden im rechten Playbook nicht abgeschafft, sie werden umfunktioniert. Hierzulande z. B. mit Untersuchungsausschüssen, Kleinen Anfragen und Anträgen, die massenhaft zur Einschüchterung und mit dem Ziel des Entzugs öffentlicher Förderung gegen zivilgesellschaftliche Organisationen und unliebsame Stimmen eingesetzt werden. Die 551 Einzelfragen der Union gegen 17 NGOs im Februar 2025 waren für die AfD die Blaupause. Eine Auswertung von Campact ergab, dass noch im selben Jahr bundesweit 314 parlamentarische Anfragen gegen zivilgesellschaftliche Organisationen eingereicht wurden. Das sind rechnerisch eine pro Werktag und nahezu doppelt so viele wie im Vorjahr. 94 Prozent stammten von der AfD ([Quelle](#)). Für die AfD-Fraktion im Bundestag Arbeit genug, um im Januar 2026 die Stelle „Wissenschaftlicher Referent im Bereich NGO-Aufklärung“ auszuschreiben, die „Arbeitsgruppe NGO-Aufklärung“ zu gründen und im Bundestag einen Untersuchungsausschuss zu fordern, der die staatliche Förderung von NGOs „kompromisslos durchleuchten“ und „ausmisten“ solle ([Quelle](#)).

Was wir hier sehen, ist die parlamentarische Institutionalisierung einer gezielten Diffamierungs- und Defunding-Kampagne gegen zivilgesellschaftliche und staatlich geförderte Organisationen.

Kapitel 4. Unabhängige Institutionen unter Druck setzen

Im rechtsautoritären Playbook wird auch der Druck auf Institutionen erhöht, die unabhängig arbeiten sollen: Medien, Wissenschaft, der Kulturbereich und Fachbehörden. Sie werden mit dem Vorwurf der Einseitigkeit konfrontiert oder durch politische Weisungen einfach kaltgestellt.

Ein Lehrstück dazu liefert der Fall „Radikale Töchter“. Die Bundeszentrale für politische Bildung hatte den Förderantrag des Vereins „aus inhaltlicher Sicht positiv bewertet“ – schließlich hatte die BpB auch über Jahre mit der Organisation zusammengearbeitet und ihre Workshops zu künstlerischem Aktivismus für förderwürdig gehalten. Das Bundesinnenministerium ordnete an, die Förderung dennoch zu versagen. Die BpB widersprach dem Ministerium und sah laut internen Dokumenten „erhebliche rechtliche Bedenken“, darunter die Gefahr eines Verstoßes gegen das Willkürverbot. Die kritische Stellungnahme stammte von der damaligen BpB-Vizepräsidentin Cemile Yousuf (selbst CDU-Politikerin), die schrieb, es sei „kein rechtlich tragfähiger Grund für eine Ablehnung erkennbar“. Das Ministerium blieb unbeirrt bei seiner Entscheidung ([Quelle](#)).

Übrigens: Im Herbst 2025 hatte die Mitgründerin Cesy Leonard eine Petition gegen Friedrich Merz' „Stadtbild“-Aussage mit über 250.000 Unterschriften gestartet und vor der CDU-Zentrale demonstriert. Wenige Wochen später stoppte das Innenministerium die Bundesförderung ihres Demokratieprojekts. Die Ministerien bestreiten einen Zusammenhang ([Quelle](#)). Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Kapitel 5. Defunding im Mantel der „Neutralität“

Sobald also erfolgreich das Etikett „Linksextremismus“ draufgeklebt werden konnte, sind Mittelkürzungen drin. Denn: Sobald Feindbilder etabliert und Fachbehörden geschwächt sind, folgt der finanzielle Druck. Doch der kommt nicht als offene politische Forderung, sondern mit dem Haber-Verfahren durch die Hintertür. Wir haben darüber in den *März-Allianzen* berichtet. Familienministerin Prien hat angekündigt, das Haber-Verfahren künftig auf alle Projekte von „Demokratie leben!“ anzuwenden ([Quelle](#)).

Bei „Demokratie leben!“ kommt ein zweites Moment hinzu: die Umdefinition der Förderkriterien. Mehr als 200 laufende Projekte sollen ab Ende 2026 auslaufen, ohne dass die wissenschaftliche Evaluation des Programms abgewartet wird. Die

letzte abgeschlossene Evaluation der Förderperiode von 2020 bis 2024 hatte das Programm „sehr positiv“ bewertet: „In der Gesamtschau der geförderten Projekte zeigen sich als positive Wirkungen des Programms: die Stärkung demokratischer Strukturen, die Erhöhung der Resilienz gegen extremistische Tendenzen, die Gestaltung von Vielfalt sowie die Förderung von Innovationen“ ([Quelle](#)). Interessant dabei: „Vielfalt“ sehe Ministerin Prien übrigens „nicht als staatliches Förderziel“ ([Quelle](#)). Und obwohl man künftig stärker gegen Antisemitismus vorgehen wolle, werden zugleich 15 Projekte mit diesem Schwerpunkt beendet ([Quelle](#)).

Kapitel 6. Der Chilling Effect

Das Playbook zielt vor allem auch auf das gesellschaftliche Klima. Wenn Überprüfungen durch den Geheimdienst ohne Warnung stattfinden, Förderungen ohne Begründung entzogen werden und selbst ein Kulturpreis an Verfassungsschutz-Erkenntnisse geknüpft ist, führt das zu vorsichtigem Rückzug. Wir hören das vielfach auch aus unserer Mitgliedschaft: Vereine zögern, sich öffentlich zu positionieren. Organisationen haben Sorge, mit anderen zu kooperieren, weil die Nähe zu politisch engagierten Organisationen bereits verdächtig sein könnte. Sie fragen sich, ob die geplante Petition, Demo oder der offene Brief dem Verein schaden könnte. In der rechtsautoritären Logik wäre die nächste Frage, ob wir, die Allianz Rechtssicherheit, als „linksradikal“ gewertet werden könnten, weil wir explizit für die Rechtssicherheit der politisch engagierten Zivilgesellschaft eintreten – völlig absurd.

Politisches Engagement wird als „woke“, zu „aktivistisch“, „linksgrünversifft“, „identitätspolitisch“ und „paranoid“ markiert. Vereine, die sich klar zu strukturellen Problemen positionieren, „nerven“. Dafür wird ein einfaches Weltbild angeboten: Klimakrise? Gibt's nicht. Wirtschaftskrise? Schuld seien die Migrant*innen. Rassismus? Heimatliebe! Europa? Ein Gespenst. Das ist die eigentliche Wirkung des rechtsautoritären Playbooks: Eine Atmosphäre zu schaffen, in der Engagement und offene Kritik riskant wird.

Warum macht die Union mit?

Warum folgt die CDU/CSU in manchen Linien dem rechtsautoritären Playbook? Vermutlich deshalb: Sie denkt, damit ließen sich Wähler*innen zurückgewinnen und der AfD würde das Terrain nicht überlassen.

Dabei veröffentlichte ausgerechnet die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung im September 2025 eine Studie, die den Umgang von EVP-Parteien mit rechtspopulistischen Kräften in zehn europäischen Ländern untersuchte. Sie zeigt deutlich, „dass in maßgeblichen Fällen eine ‚Zähmung‘ rechtspopulistischer oder gar rechtsextremer Parteien durch Kooperation nicht gelungen ist und eher zu einer Schwächung der EVP-Mitgliedsparteien geführt hat“. Die Studie unterscheidet drei Typen rechtspopulistischer Parteien und ordnet die AfD den „autoritär-rechtspopulistischen und rechtsextremen Anti-Systemparteien“ zu ([Quelle](#)). Und damit der Kategorie, in der Kooperationen erfahrungsgemäß weder die Extremen mäßigen noch den Konservativen Wähler*innen zurückbringen.

Ein Blick nach Ungarn.

Folgen wir der ersten erfolgreichen Umsetzung des rechtsautoritären Playbooks, landen wir in Budapest. Und schauen dort seit wenigen Wochen auf zwei Zeiten zugleich: 16 Jahre Orbán und die Nacht vom 12. April 2026.

2010 gewann Orbáns Fidesz die Parlamentswahlen mit einer Zweidrittelmehrheit. Es folgten Verfassungsänderungen, die Umbesetzung der Gerichte, 2017 das NGO-Gesetz, das Organisationen mit jährlichen Auslandszuwendungen von über 23.000 Euro zur Registrierung als „aus dem Ausland finanziert“ zwang ([Quelle](#)). Parallel finanzierte der Staat eine Kampagne gegen George Soros mit antisemitischen Untertönen auf Plakatwänden im ganzen Land ([Quelle](#)). 2018 verabschiedete Ungarn das „Stop-Soros-Paket“, das die Unterstützung Asylsuchender de facto kriminalisierte (es wurde 2021 vom Europäischen Gerichtshof für rechtswidrig erklärt). Im selben Jahr bündelte die „Central European Press and Media Foundation“ (KESMA) knapp 500 Zeitungen, Nachrichtenportale und Sender unter dem Dach regierungsnaher Investoren. Laut Reporter ohne Grenzen kontrollieren Oligarchen mit Nähe zur Regierungspartei Fidesz heute rund 80 Prozent der ungarischen Medien ([Quelle](#)).

Doch am 12. April 2026 wurde Viktor Orbán nach 16 Jahren mit großer Mehrheit abgewählt. Die Oppositionspartei Tisza unter Péter Magyar gewann mit 53,2 Prozent und einer Zweidrittelmehrheit ([Quelle](#)).

Zwei Dinge stehen damit fest. Erstens: Das rechtsautoritäre Playbook ist nicht unumkehrbar. Demokratien können sich erholen, auch wenn der illiberale Umbau weit fortgeschritten ist. Zweitens: Das kann auch mal 16 Jahre dauern. 16 Jahre, in denen Gerichte, Medien und Zivilgesellschaft grundlegend umgebaut wurden, mit dem Ziel, Orbáns Machtanspruch zu halten und der Einflussnahme Putins einen Weg zu bereiten – 16 Jahre, nach denen in den Sternen stand, ob das Land wirklich noch den Absprung schaffen könnte.

Das Lesezeichen: Wo stehen wir?

Deutschland ist im rechtsautoritären Playbook schon lange nicht mehr „nur“ eine geschichtliche Referenz in der Einleitung. Rechtsextreme Diskurse werden heute direkt aus dem Kanzleramt befeuert. Einige Feindbilder gegenüber der kritischen Zivilgesellschaft sind bereits etabliert und liefern die offizielle Begründung für Förderstopps, geheimdienstliche Überwachung und Programmumbauten.

Parlamentarische Instrumente werden systematisch zur Einschüchterung genutzt. Der Chilling Effect in unserer Zivilgesellschaft ist messbar.

Kapitel 1 des Playbooks muss nicht abgeschlossen sein, bevor an Kapitel 2 gearbeitet wird. Kein Land durchläuft die Schritte einfach chronologisch. Es wird an verschiedenen Stellen vorgerückt, zurückgerudert, aufgeblasen und eingekocht. Wir sehen in Deutschland viele Nadelstiche und vereinzelt größere Einbrüche. An anderer Stelle sehen wir Korrekturen. Was in Deutschland noch nicht eingetreten ist: der konsequente Umbau der Medienlandschaft oder eine Erosion der Gewaltenteilung.

Doch wir müssen die Schritte des Playbooks erkennen, benennen und rechtzeitig für die juristische Absicherung des wichtigsten Korrektivs unserer Demokratie sorgen: **unsere politisch engagierte Zivilgesellschaft.**

Wer das für alarmistisch hält, sollte einen Blick in eine der ältesten Demokratien werfen: 15 Monate nach Beginn von Donald Trumps zweiter Amtszeit hat das Weiße Haus per Dekret die Briefwahl beschränkt ([Quelle](#)), das Justizministerium fordert Wählerregister von den Bundesstaaten an ([Quelle](#)), Republikaner ziehen Wahlkreise zur eigenen Begünstigung neu ([Quelle](#)), und Stratege Steve Bannon kündigte ICE-Einsätze an Wahllokalen an ([Quelle](#)). Das sind die Bedingungen, unter denen die Midterms am 3. November stattfinden sollen.

Zivilgesellschaftliche Organisationen brauchen jetzt rechtlichen Schutz!

Werden Sie Mitglied in unserem Bündnis aus über 235 Organisationen, die solidarisch gemeinsam für den Schutz des zivilen Handlungsspielraums eintreten: [So geht's!](#)

Wenn Sie können: Spenden Sie. Ihr Beitrag ermöglicht Unterstützung für Organisationen, die unter Druck geraten – und, dass wir als Allianz weiterhin jeden Tag für den rechtlichen Schutz der Zivilgesellschaft in Deutschland kämpfen!

Informationen zu Spenden

Mit herzlichen Grüßen
die Allianz Rechtssicherheit

Dies ist der Newsletter der Allianz "Rechtssicherheit für politische Willensbildung" e.V. Sie erhalten diese Information, weil Sie sich dafür eingetragen haben oder aus unserem berechtigten Interesse, Sie zu informieren.

Wenn Sie keine weiteren Informationen zu Gemeinnützigkeit und zivilgesellschaftlicher Einmischung der Allianz "Rechtssicherheit für politische Willensbildung" e.V. erhalten möchten, [dann klicken Sie hier](#) oder melden Sie sich per Mail an info@zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de

Die Allianz "Rechtssicherheit für politische Willensbildung" ist vom Finanzamt Lübeck als gemeinnützig anerkannt und beim Amtsgericht Lübeck in das Vereinsregister eingetragen unter dem Aktenzeichen VR 4013 HL.

Wir sind als Interessenvertreterin im Lobbyregister beim Deutschen Bundestag unter der Nummer R002707 registriert: <https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R002707>